

«Alle sollen profitieren»

Jon Domenic Parolini will schnelles Internet für die Schulen und die Wirtschaft im ganzen Kanton.

VON LUZI BÜRKLI

Herr Parolini, vor einer Woche hat der Grosse Rat mit 69:34 Stimmen einen Kredit über 40 Millionen Franken für eine Digitalisierungsoffensive im Kanton gesprochen. Als Noch-Volkswirtschaftsdirektor müssten Sie äusserst zufrieden sein. Jon Domenic Parolini: Grundsätzlich bin ich mit dem Entscheid sehr zufrieden. Sollte der Eindruck entstanden sein, wir würden nicht in die Offensive gehen wollen, so muss ich klar widersprechen. Wir sind schon seit Jahren an der Arbeit. Uns hätte aber gestört, wenn das Geld dem bestehenden Topf für die Förderung systemrelevanter Infrastrukturen im Kanton entnommen worden wäre. Dann hätten wir in diesem Förderbereich zu wenig Mittel gehabt. Nun bin ich sehr froh, dass der Grosse Rat davon abgesehen und den Auftrag der SP-Fraktion entsprechend abgeändert hat.

Sie hatten darauf hingewiesen, dass von den 80 Millionen im Topf – nebst den schon ausgegebenen 14,5 – weitere 30 bis 35 Millionen Franken versprochen seien. Wofür? Fast jede zweite Woche landet eine neue Idee auf meinem Tisch. Verschiedene Beitragsgesuche sind in Bearbeitung, wie zum Beispiel für die Inszenierung des Landwasserviadukts bei Filisur. Im Weiteren geht es um Projekte für Sportanlagen und ein Hotel in Disentis, für eine Eventhalle in Chur sowie zur Förderung der Institute am Forschungsplatz Davos. Sehr schnell summiert sich die Zahl auf 30 Millionen und mehr. Hätte der Grosse Rat nun 40 Millionen für die Digitalisierung aus dem Topf gesprochen, so hätte mein Nachfolger im Amt nur noch ein paar Millionen zur Verfügung gehabt.

Marcus Caduff wird neuer Volkswirtschaftsdirektor, Sie wechseln per 2019 zur Schule und Kultur. Ihnen war im Rat vorgeworfen worden, in den letzten Jahren gerade bei der Digitalisierung den Anschluss verpasst zu haben. «Too little, too late», sagte SP-Fraktionschef Conradin Caviezel. Das ist falsch. Regierung und Verwaltung arbeiten auch im Stillen. Wir sind auch an der Arbeit, wenn man nichts von uns hört. Im Übrigen gehen wir nicht mit jeder Massnahme, die wir beschliessen, an die Öffentlichkeit, nur um Werbung zu machen. Am Ende muss man uns an den Ergebnissen messen – nicht nur an den Berichten, die wir veröffentlichen, sondern auch daran, welche Projekte über einen längeren Zeitraum gesehen umgesetzt werden.

Sie haben zwei Berichte angekündigt: einen Expertenbericht für Ultrahochbreitband im Kanton, einen Bericht der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) zur «Digitalen Transformation in Graubünden». Was ist zu erwarten? Die Bündner Regierung wird die beiden Berichte noch diesen Herbst diskutieren. Zum ersten Bericht: Wir wollen im interkantonalen Vergleich vorne dabei sein bei der Versorgung mit Ultrahochbreitband, also mit ultraschnellem Internet über 100 Mbit pro Sekunde. Meine Vision ist, keine Haltung der alpinen Retardierung in diesem Bereich zu akzeptieren. Wir wollen die Ansprüche der Wirtschaft erfüllen. Die Expertengruppe wird mittels eines Konzepts aufzeigen, wie man auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene die Erschliessung mit Ultrahochbreitband umsetzen kann. Dort müssen wir eine Konkurrenzsituation schaffen gegenüber den Hauptplayern im Markt – die Eigentümer der Grundinfrastruktur sind –, damit diese investieren wie zu Bedingungen in den städtischen Agglomerationen.

Kann der Staat IT-Dienstleister in der Peripherie subventionieren? Noch ist es zu früh, darüber zu sprechen, wo wir ansetzen werden. Der Entscheid der Regierung dazu steht noch aus. Bisher konnten wir gestützt auf das Wirt-



«Ultrahochbreitband hat absolute Priorität»: Jon Domenic Parolini. Foto Olivia Item

schaftsentwicklungsgesetz zum Beispiel Unternehmen in einem Gewerbepark punktuell bei der bedarfsgerechten Erschliessung unterstützen. Der Expertenbericht soll nun zeigen, wo wir in Graubünden Bedarf haben nach einer Breitbandversorgung und wo der Markt noch nicht spielt. Der Kanton wird nur ergänzend eingreifen. Wir werden kein Geld auf alle Regionen verteilen, dafür würden auch 40 Millionen Franken nicht ausreichen. Sowie so müssen zuerst auf regionaler Ebene die konzeptionellen Arbeiten gemacht werden. Oft fehlt das Know-how in den Regionen und den Gemeinden. Hier will der Kanton auch die nötige fachliche Unterstützung bieten.

Der Kanton selbst wird nicht Leitungen für ultraschnelles Internet in die Täler bauen? Nein, das ist nicht unsere Absicht. Wir möchten unterstützen und fördern. Vor allem sind auch die Regionen gefragt. Es gilt zudem bestehende Infrastrukturen zu nutzen, wie sie nebst den Telekommunikationsunternehmen auch andere haben – wie etwa die Stromversorger, die Kraftwerksbetreiber und auch die Bahn.

Und der zweite Bericht: Kommt nun der 2016 im Auftrag der früheren Grossrätin Angela Casanova-Maron geforderte Massnahmenplan? Der Bericht macht Aussagen dazu, wie weit die digitale Transformation in verschiedenen Branchen fortgeschritten ist, er zeigt strategische Aktionsfelder auf und schlägt Massnahmen vor, die zu prüfen sind. Die Empfehlungen aus dem Bericht betreffen die Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovation, die Aus- und Weiterbildung, die Behördenprozesse sowie die Netzinfrastruktur.

Im Prinzip könnten Sie diesen Bericht neu betiteln als «Botschaft zum 40-Millionen-Kredit». Die SP fordert das alles auch. Für die Erarbeitung der Grundlagen für den Verpflichtungskredit von 40 Millionen Franken wird der Bericht hilfreich sein, das ist richtig. Im Grossen Rat wurde zudem über sehr viele Massnahmen gesprochen.

... eine grosse Palette ja, tatsächlich. Wir werden in unserer Botschaft ans Parlament versuchen, gewisse Forderungen zu konkretisieren. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, was die Aufgabe des Kantons und welche jene der Privatwirtschaft ist.

Wann ist mit der Botschaft der Regierung zu rechnen? Eine Vernehmlassungsvorlage ist für 2019 zu erwarten. Absolute Priorität hat die

Förderstrategie für die Breitbanderschliessung. Dafür können wir auch finanzielle Mittel aus dem Topf der systemrelevanten Infrastrukturen verwenden.

Kann die Politik überhaupt der technologischen Entwicklung gerecht werden oder kommt sie sowieso «too late»? Wir haben Gesetzgebungsprozesse und politische Abläufe zwischen den staatlichen Ebenen einzuhalten. Das ist nun mal so. Auch unsere personellen Ressourcen sind beschränkt. Nicht zuletzt deswegen haben wir für den Bericht zur digitalen Transformation die HTW beigezogen und eine Expertengruppe von auswärts eingesetzt.

Von wie vielen neuen Stellen im Volkswirtschaftsdepartement sprechen Sie? Die digitale Transformation betrifft alle Sektoralpolitiken und alle Departemente. Die Aufgabe der Regierung ist es nun, die geforderte Digitalisierungsoffensive zu konkretisieren. Dann werden wir sehen, welche Ressourcen zur Umsetzung notwendig sind.

Als Bildungsdirektor werden Sie sich auch mit der Digitalisierung auseinandersetzen. Seit diesem Schuljahr gibt es ein Fach Medien und Informatik in der Volksschule, bis spätestens 2022/23 soll Informatik am Gymnasium obligatorisch sein. Auf Initiative der Wirtschaft geschieht mehr: neu gibts eine Mint-Academy, seit längerer Zeit besuchen Schüler Mint-Camps. Ich bin den Unternehmen wie der Hamilton, der Ems-Chemie und der Trumpf sehr dankbar, dass sie die Initiative dazu ergriffen haben. Ich finde es eine grossartige Sache. Es ist ein sehr pragmatischer Ansatz. Dass neu ab diesem Schuljahr Medien und Informatik in der Grundschule unterrichtet wird, ist sicher erfreulich. Dass am Gymnasium Informatik erst ab dem Schuljahr 2022/23 obligatorisch sein soll, hat mich auch erstaunt. Aber dem zugrunde liegt ein Entscheid der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. In der Schule brauchen Neuerungen eben einen langen Vorlauf: Lehrkräfte müssen ausgebildet und Unterrichtsmittel bereitgestellt werden. Wenn die Wirtschaft mit eigenen Angeboten schneller reagieren kann als die öffentliche Hand, so ist dies zu unterstützen. Es freut mich auch, dass die Pädagogische Hochschule ebenfalls Hand dazu bietet und sich engagiert.

Mia-Engiadina-Pionier Jon Erni hat im Engadin die Schulen von zehn Gemeinden zur besseren Ausbil-

dung in den Bereichen Medien und Informatik vernetzt. Auch ein Beispiel, dass die Nachfrage das staatliche Angebot übersteigt. Ich finde auch diese Initiative wunderbar. Als Bildungsdirektor ab 2019 werde ich mir einen vertieften Einblick verschaffen, ob alle Bündner Schulen für die Umsetzung des Lehrplans 21 gerüstet sind.

Schnelles Internet für alle Bündner Schulhäuser wäre ein starkes Versprechen von Ihnen. Schnelles Internet, das den Bedürfnissen der Schulen entspricht, das ist unser Ziel. Keine Schule in der Peripherie soll benachteiligt sein. Die Digitalisierung soll eine Chance sein. Unabhängig vom Standort im Kanton sollen alle von der technologischen Entwicklung profitieren – in der Bildung, in der Aus- und Weiterbildung, aber auch in der Wirtschaft. Doch die Bedürfnisse sind stets zu beachten. Nicht jedes Maiensäss braucht Breitband.

Ein Wort zum neuen HTW-Campus in Chur: Was sagen Sie zur 1-Standort-Strategie der Regierung? Der Entscheid wurde von der Regierung so gefällt...

... sind Sie damit zufrieden? Wie gesagt: Der Entscheid wurde in Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Standortvarianten am Ende klar gefällt. Ich unterstütze das. Der Grosse Rat soll in der Oktobersession darüber debattieren. Wir werden sehen, ob das Parlament diesem Beschluss folgen wird. Unsererseits hoffen wir es, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren.

Hätten auch Sie nur einen Standort Pulvermühle vorgeschlagen? Es geht hier nicht darum, ausfindig zu machen, ob einzelne Regierungsräte eine andere Meinung hatten. Ich trage den Regierungsentscheid voll und ganz.

Ein sehr wichtiger Entscheid auch für Sie als neuer Bildungsdirektor. Ja, natürlich. Die Herausforderungen für die HTW Chur als künftig kleinste eigenständige Hochschule der Schweiz sind gross. Für den Erfolg spielen verschiedene Aspekte eine zentrale Rolle, der Standort gehört dazu. Inhalt und Entwicklung der einzelnen Studienrichtungen werden von noch grösserer Bedeutung sein.

Sie planen einen Technopark zur Förderung technologieorientierter Jungunternehmen – nun auch am Standort Pulvermühle? In der HTW-Campus-Botschaft der Regierung sind am Standort Pulvermühle 4000 Quadratmeter für innovationsbasierte Leistungen reserviert, ob der Technopark – organisatorisch von der HTW getrennt – da hineinpassen würde, muss die Regierung noch ausdiskutieren. Die Bündner Stiftung Innozet als unser Partner hat verschiedene Standorte evaluiert. Der Grundsatz besteht: Wir wollen einen Technopark.

Unweit der HTW plant Innoqube Swiss am Churer Rossboden ein Gebäude für innovative Unternehmen und Start-ups. Wer kommt hier wem in die Quere? Niemand kommt sich in die Quere.

Aber erübrigt sich ein Technopark, wenn Innoqube kommt? Nach unseren Berechnungen kann ein Technopark, so wie wir ihn planen im hochtechnologischen Bereich, nicht gewinnorientiert geführt werden. Wir gehen von einem jährlichen Defizit im sechsstelligen Bereich aus. So gesehen kann ich mir eine entsprechende Initiative auf privater Basis nicht vorstellen. Bitte nicht falsch verstehen: Ich finde die Initiative von Innoqube sehr gut und ich unterstütze diese.

Was wird zuerst gebaut: HTW-Campus oder Technopark? Das werden wir sehen. Wir wollen auch nicht unbedingt selbst einen Technopark bauen, sondern einen wiederkehrenden Beitrag für den Betrieb sprechen.

Blattschuss



Die FDP-Fraktion des Churer Gemeinderats hat im vergangenen Mai – vor den Wahlen am 10. Juni – einen Vorstoss publik gemacht. Der dreiköpfige Stadtrat soll aufgrund der hohen Arbeitsbelastung künftig nur noch mit einem Mitglied im Grossen Rat vertreten sein – sofern dieses denn überhaupt gewählt wird. Noch in diesem Jahr will die FDP mit anderen bürgerlichen Parteien den Vorstoss einreichen. Als Vorlage für die Formulierung drängt sich die Anti-Kinoinitiative auf. Der Stadtrat darf im Grossen Rat grundsätzlich vertreten sein – ausgenommen **Patrik Degiacomi** (SP).

Apropos SP, der wie Degiacomi am 10. Juni in den Grossen Rat gewählt **Lukas Horrer** verzichtet auf die Möglichkeit, im Gemeinderat für Tina Gartmann-Albin nachzurutschen. Er überlässt den Vortritt **Corina Cabalzar**. Mit Blick auf ihre Fähigkeiten sei Horrer der Entscheid leicht gefallen, so die SP. Man könnte es auch geschicktes parteiinternes Karrieremanagement nennen.

Auf den Tribünenplätzen im Churer Gemeinderat blieb am Donnerstag bei der Debatte über die neuen Sportanlagen kaum ein Platz frei. Ob beim Bau des Rathauses vor über 500 Jahren die Tribünenplätze auch als überdimensioniert betrachtet wurden, wie das SVP-Grossrats **Hanspeter Hunger** beim Projekt «Eisball» befürchtet?

Vor einer Woche fand in der schön geschmückten Churer Stadthalle das Wirtschaftsforum statt. Am Tag danach mussten sich die Gäste der Ständespräsidentenfeier zu Ehren von **Tina Gartmann-Albin** mit einem Festzelt auf dem Kornplatz begnügen. Vermutlich wollte Stadtpräsident **Urs Marti** mit der Stadthalle keinen falschen Eindruck erwecken, sondern den Mitgliedern des Kantonsparlaments aufzeigen, dass der erhoffte Beitrag des Kantons aus dem Topf für «systemrelevante Infrastrukturen» für den Bau einer neuen Festhalle auf der Oberen Au gerechtfertigt ist.

Es war berichtet worden, wie GLP-Grossrat **Josias Gasser** im Kantonsparlament getrennt von seinen Parteikollegen an einsamer Stelle im Rat seiner Arbeit nachgehen muss. Vielleicht ergeben sich aber neue Allianzen – zumindest wenn man beachtet, dass Gasser zu Beginn der neuen Legislatur vor einer Woche eine grüne Krawatte trug, passend zum grünen Kleid von SP-Grossrätin **Sandra Locher Benguerel**.

In früheren Jahren hat **SRF 2** jeweils am Dienstag und am Mittwoch ein Spiel der Champions-League übertragen. Jetzt hat es den Dienstag an zahlungskräftigere Konkurrenten verloren. Das ist bedauerlich, doch jetzt verkauft es den Mittwoch als den neuen Champions-League-Tag. Nein, es ist der alte, halbe.

Die Bündner KMU-Frauen haben für die **Frauentagung Graubünden** vom 26. Oktober in Chur Viktor Giacobbo eingeladen. Der ist dann aber ein Mann ...

... oder darf man daraus schliessen, dass die Frauen sonst nichts zu lachen haben? Nur gut, dass im Grossen Rat seit August mit **Silvia Hofmann** eine ehemalige Gleichstellungsbeauftragte und mit **Julia Müller** die jüngste Parlamentarierin aller Zeiten sitzen, die sich die Frauenförderung auf die Fahne geschrieben haben – und dabei den Humor keinesfalls verloren haben.